



„Kassel passt auf“ und wehrt sich

☒ Die deutsche Regierung, namentlich Angela Merkel, hat die Deutschen den Invasoren zum Abschuss freigegeben, schon davor wurde dafür gesorgt, dass die Exekutive in Ermangelung von Personal und benötigten Einsatzmitteln nicht in der Lage ist die Menschen im Land zu schützen. Bisher war die Gewaltkriminalität auf einem Level, wo das zwar schon auffiel, aber noch vertuscht werden konnte, was die Lügenpresse tatkräftig durch verschweigen und verschleiern von Taten und Tätern unterstützt hat. Seit Silvester ist das vorbei und es sind alle Dämme gebrochen, die Situation ist außer Kontrolle. Versagen auf ganzer Linie und wer die Nachrichten verfolgt erkennt, es wird wohl derzeit von Tag zu Tag schlimmer.

(Von L.S.Gabriel)

Zusätzlich wissen die Täter nun, dass ihnen dieser schwache, bürgerfeindliche Staat nichts entgegenzusetzen hat. Was nun? Treten wir mit Teddybären an und winseln um Gnade? Einmal abgesehen davon, dass diese Barbaren keine Gnade kennen, kommt das mittlerweile wohl sogar so mancher an Silvester attackierten Welcome-Klatscherin zumindest nicht ganz effektiv vor. Und die Männer? Vielen reicht es jetzt, sie wollen nicht warten, bis es ihre Schwester, Freundin, Frau oder Tochter trifft. Die Bürger organisieren sich. So zum Beispiel in Kassel.

„Kassel passt auf“ heißt die erste Bürgerwehr der Stadt. Die Mitglieder bieten Begleitschutz und wollen künftig, vorerst an den Wochenenden, gemeinsam in Kassel „spazieren gehen“ und aufpassen. Sie wollen Präsenz zeigen, damit Frauen sich wieder sicherer fühlen können in den Straßen und [schreiben dazu](#):

Erklärung zum Ablauf:

Kassel ist klein. Wir werden an noch unbekanntem Tagen in Kassel spazieren gehen und an genau diesen Tagen werden wir, parallel zu unseren Spaziergängen- und Fahrten eine Begleitung von A nach B anbieten, wenn denn Leute von uns unterwegs sind. Wir können hier, noch nicht, rund um die Uhr diesen Begleitung anbieten, das sollte allen klar sein. Aber wir sind ja erst am Anfang.

Und wen regt es nun allen voran auf, dass die Bürger jetzt, wo ihnen niemand hilft, zur Selbsthilfe greifen? Journaille und Polizei. Ulrike Pflüger-Scherb von der [\(HNA\) echauffiert sich](#):

Die erste Facebook-Bürgerwehr wurde in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt unter dem Titel „Düsseldorf passt auf“ gegründet. Seit Samstag gibt es solch einen Bürgerwehr-Ableger auch für Kassel.

Die Facebook-Seite „Kassel passt auf“ wurde bis Dienstagabend von über 1550 Internet-Nutzern mit „Gefällt mir“ markiert.

Das zeigt doch nur, wie die Menschen sich im Stich gelassen fühlen. Natürlich weißt die Systemschreiberin auch darauf hin, dass die „islamfeindliche Organisation Pegida“ dafür auf ihrer Facebook-Seite Werbung macht.

Laut HNA ist auch die Polizei beunruhigt:

Die Polizei steht der Initiative „Kassel passt auf“ hingegen kritisch gegenüber.

„Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine Kernkompetenz der Polizei und nicht der Bürger“, sagt Polizeisprecher Torsten Werner.

Würde die Polizei das tun, was sie mangels Personal nicht kann, wie Polizeigewerkschafter Rainer Wendt kürzlich zugeben musste, würden diese Männer mit Sicherheit bessere Freizeitbeschäftigungen finden, als Teile der Arbeit des staatlichen Sicherheitsapparats zu übernehmen und auf den Straßen der Stadt zu zeigen, dass da jemand ist, der aufpasst.

Auch in Köln hat sich mittlerweile eine Bürgerwehr gebildet. Deutschland ist fest im Würgegriff der widerrechtlich eingedrungenen und von Merkel eingeladenen Gewaltkulturen. Natürlich wird auf alle diese Organisationen die Nazikeule niederschmettern. „Kassel passt auf“ dazu:

Immer wieder kommt die Frage ob nur Deutsche helfen dürfen. Natürlich spielt die Herkunft keine Rolle, jeder kann, darf nein MUSS die Sache unterstützen.

Also an alle Freunde mit Migrationshintergrund, traut Euch uns zu unterstützt, uns bei der Aufgabe allen in Kassel lebenden Bürgern, mehr Sicherheit zu geben und wenn am Anfang auch nur an bestimmten Tagen zu bestimmten Zeiten.

Anstatt, dass ein Entsetzensschrei durch Medien und Politik geht, dass es überhaupt nötig ist, dass sich Bürger zum Schutz der Frauen aufstellen müssen, dass wenn diese Situation schon so ist, dann die Polizei diese Aufgabe nicht in notwendiger Form erfüllen kann, ist man darüber aufgeregt, dass nicht alle tun, was an Silvester in Köln geschah: wegschauen. Was für eine Heuchelei!

„Kassel passt auf“ hat engagierte Organisatoren, die diese Form der Sicherheitspräsenz auf alle Brennpunkte Deutschlands ausweiten möchten. In einem Land, wo jeder, der für die Rechte

der Bürger eintritt Gefahr läuft denunziert, mit linker körperlicher und staatlich justizieller Gewalt rechnen muss, finden wir so einen Einsatz mutig. Danke, „Kassel passt auf“!



EU macht Drohung gegen Polen wahr



Der EU-Moloch will sich seine Oberhand in Polen nicht nehmen lassen. [So hat jetzt die Kommission in Brüssel](#) im Konflikt mit der polnischen Regierung erstmals ein Verfahren zur Überprüfung des Rechtsstaats in einem Mitgliedstaat eingeleitet. Erste Etappe sei eine «vorbereitende Bewertung» zur Lage in Polen, ohne die Entscheidung über weitere Schritte vorwegzunehmen, sagte Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans (Foto) in Brüssel. Der wichtigste Punkt in dem Streit sind neben den Verfassungsänderungen die Medien. Warschau hat vor kurzem mit deutlicher Mehrheit entschieden, die Medien selbst zu

kontrollieren und somit auch der EU-Propaganda Einhalt zu gebieten. Der ungarische Ministerpräsident Victor Orbán hatte bereits vor einigen Tagen erklärt, einen Beschluss über Sanktionen gegen Warschau nicht mitzutragen und ggf. ein Veto einzulegen. Mitte März will die Kommission sich erneut mit dem Thema befassen.



Köln: Polizeiführer bestätigt Pegida-Komplott



Ein Polizeiführer hat gegenüber dem Kölner Stadt-Anzeiger nun indirekt bestätigt, dass die Einsatzleitung bei der Pegida-Demo am Samstag nur nach einem Grund gesucht hat, die ganze Versammlung mit den 3.000 überwiegend friedlichen Teilnehmern aufzulösen. Wie diese Information ausgerechnet durch das politisch-korrekte Nachrichtensieb des DuMont-Verlages

gerutscht ist, bleibt ebenso rätselhaft wie erfreulich. Vielleicht machen sich hier schon, angesichts des zunehmenden Volkszorns, erste Auflösungserscheinungen der Lügenpresse bemerkbar?

Jedenfalls äußerte sich der nicht namentlich genannte [Polizeiführer im Stadt-Anzeiger](#) wie folgt zu der Problemgruppe von etwa 100 Hooligans an der Spitze des Demozuges:

„Wenn diese vielleicht hundert Randalierer der Polizei schon den Gefallen tun, vereint an der Spitze des Aufzugs zu marschieren, hätte man sie spätestens nach dem ersten Böllerwurf gewaltsam von den anderen friedlichen Demo-Teilnehmern abtrennen können“, sagt ein ranghoher Polizist, der bundesweit Großeinsätze leitet, hinterher. „Die Polizei sollte immer das Heft des Handelns in der Hand behalten.“ Der Beamte präzisiert: „Man schneidet die Störer mit einer Polizeikette vom Rest des Aufzugs ab und umstellt sie. Dann teilt man die Randalierer durch weitere Polizeiketten in mehrere, kleine Gruppen auf, zum Beispiel viermal 25 Mann, damit die leichter zu handeln sind. Und schließlich bringt man Grüppchen für Grüppchen mit Gefangenen-Transportern weg, und der restliche Aufzug kann weitermarschieren.“

Richtig gelesen: Was sich Laien schon ungefähr so vorgestellt haben, wird von einem einsatzerfahrenen Polizeiführer jetzt bestätigt: Es wäre am Samstag ein Leichtes für die stark aufgestellte Polizei gewesen, die rund 100 Problemdemonstranten an der Spitze des Zuges von den 2900 friedlichen Demonstranten abzusondern! Anschließend hätte die ganze Pegida-Demonstration weiter wie geplant fortgesetzt werden können!

Warum ist das nicht geschehen? Dafür gibt es nur zwei Antworten:

1. Die Kölner Polizeiführung ist völlig unfähig und beherrscht nicht einmal die primitivsten Grundsätze ihres Handwerks.

2. Die Kölner Polizeiführung hat diesen Vorwand dankbar genutzt, um die ganze Pegida-Demo unter unschönen Bildern zu einem vorzeitigen Ende zu bringen.

Wie eingangs schon angedeutet, hält der Autor dieser Zeilen – auch im Hinblick auf die erkennbare Expertise des im Stadt-Anzeiger befragten Führungsbeamten – nur Antwort 2 für denkbar. Was zusätzlich durch die jahrelange Praxis der politischen Instrumentalisierung der Kölner Polizeibehörde untermauert wird.

PI-Beiträge über die Kölner Pegida-Demo:

- » Pegida-Demo Köln aus [Sicht eines Juristen](#)
- » [Die Polizei](#) – Dein Freund und Helfer?
- » Pegida NRW in Köln: [So lief der Abbruch](#)
- » [„Wo, wo, wo wart ihr Silvester?“](#)
- » Köln: „Pressevertreter“ [zündeten Böller](#)
- » [Köln: Jägers](#) neuer Bock



**Der importierte Islam ver-
Gewalt-igt Europa**



Was Politik, Polizei und Medien in Köln nur ein paar Tage gelang, schafften deren Kollegen in Schweden fast zwei Jahre. Denn so lange wurden sexuelle und gewalttätige Massenübergriffe durch „Flüchtlinge“ auf einer Großveranstaltung in Stockholm wie in Köln verschwiegen und vertuscht. Zu der Zeit, als Schweden noch den Rang der „humanitären Großmacht“ vor Deutschland innehatte, gab es auf den Musikfestivals „We are Sthlm“ in Stockholm im August 2014 und 2015 jeweils mindestens 38 Anzeigen wegen sexueller Übergriffe. In zwei Fällen wurden Vergewaltigungen zur Anzeige gebracht. „Die Täter waren sogenannte unbegleitete Flüchtlings-Jugendliche, die hauptsächlich aus Afghanistan stammen. Mehrere der Täter wurden wegen sexuellen Missbrauchs inhaftiert. Die Gruppe war auf dem Festival auch verantwortlich für eine Reihe von Gewaltaktionen“, zitiert [Dagens Nyheter's](#) am 9. Januar 2016! den hochrangigen Polizisten Peter Agren.

(Von Alster)

Wie in Köln wurde das Ausmaß der gewalttätigen, islamisch motivierten Übergriffe nicht zeitnah durch die Polizei und die MSM öffentlich. Das politisch inkorrekte „Granskning Sverige“ [veröffentlichte den Skandal](#), in dem auch ein damaliger Medienkontakt durch einem Polizeipsychologen beschrieben wurde, der nicht verfolgt wurde.

Der Polizeibericht über [die Vorkommnisse](#) der Musikfestivals 2014 und 2015 in Stockholm lautete zunächst ganz ähnlich wie in Köln:

Gemessen an der Teilnehmerzahl gab es relativ wenige angezeigte Verbrechen. Neben dem eingerichteten Polizeizelt machte sich die Polizei aktiv und optisch bemerkbar, um Kriminalprävention auszuüben [..]

Genauso wie in Köln und anderen Städten in Europa machte man zunächst nur die Polizei für das Verschweigen der Massenübergriffe durch Migranten verantwortlich. In Schweden wurde aus Polizeiberichten Genaueres zitiert, denn die dortige Polizei hatte bei Straftaten bewusst den ausländischen Hintergrund verschwiegen, weil sie fürchtete, es könne als Propaganda von rechten Politikern verwendet werden: „Das ist ein wunder Punkt. Manchmal wagen wir es nicht zu sagen, wie es ist, weil wir denken, dass es in die Hände der [rechtspopulistischen Partei] Schwedendemokraten gelangt“, sagte Stockholm Polizeichef Peter Agren, der für die Polizei bei der Veranstaltung im Jahr 2014 verantwortlich war, der Zeitung „Dagens Nyheter“.

Die schwedische Zeitung veröffentlichte sinnigerweise noch am 7. Januar einen ausführlichen Bericht über die Vorkommnisse in Köln: „Das gefährliche Verschweigen [der Gewalt in Köln](#)“ und musste notgedrungen am 9. Januar über das eigene Verschweigen berichten. Politisch korrekt warnte man vor einem [Missbrauch der Migrationsdebatte](#) und meinte, dass das Motiv der Täter für die Opfer irrelevant wäre.

Das Recht der Frauen sicher feiern zu können darf nicht geopfert werden.

In Schweden waren die Mädchen der gemeldeten sexuellen Übergriffe und Vergewaltigungen fast alle unter 15 Jahre, da das Festival für Jugendliche von 13 bis 19 Jahren ausgerichtet ist. Auch sie berichteten, dass sie sich in der Masse nicht bewegen konnten, angetastet und angegriffen wurden. Proteste schienen die Täter nur noch mehr anzustacheln. Die Parallelen zu Köln sind unübersehbar.

Zurzeit debattiert man, ob der Polizeichef gehen muss. Eine Diskussion über den Islam wird verhindert.

Wie in Deutschland und anderen europäischen Ländern werden die Männer und Frauen der Gesellschaft von Politik, Medien und der Polizei im Stich gelassen und für den heiligen Multikulturalismus geopfert – wie Wegwerfware.

Ein Polizist aus Stockholm:

„Hast du die unangenehme Aufgabe, eine Person festzunehmen oder über sie zu berichten, eine Person nicht-nordischen Ursprungs, kannst du mit Problemen rechnen. Entweder mit den Medien, wohlmeinenden Anti-Rassisten oder mit unseren Führungskräften.“

Das Bundeskriminalamt erklärte inzwischen, dass das arabische/islamische Vergewaltigungsphänomen „taharrush gameâ“ sich in Deutschland inzwischen etabliert hätte. – Es ginge bei den Angriffen immer um sexuelle Belästigung, bis zur Vergewaltigung, sagte Agenturchef Holger Münch.

„taharrush gameâ“ – Bilder vom Tahir-Platz in Kairo im Juli 2013:

Liebe Polizei, wenn Ihr Euch nicht wehrt, werdet Ihr demnächst wie in England, wo die Islamisierung schon weiter fortgeschritten ist, gejagt werden:

Der Schutz vor dem Islam und der muslimischen Kultur ist ein Menschenrecht!



Tele 5 mit deutscher Fahne und Halbmond



Wir haben es zuerst für einen verfrühten Aprilscherz gehalten, als uns ein Leser auf das heutige Cornerlogo von Tele 5 aufmerksam gemacht hat. Es zeigt eine deutsche Fahne mit einem Halbmond darin! Wer es nicht glaubt, kann sich [hier den Livestream von Tele 5 anschauen](#). Und nicht vergessen: Es gibt keine Islamisierung Deutschlands!

Kontakt:

Tele 5
Bavariafilmplatz 7
82031 Grünwald
Dienstag und Donnerstag
10:00 – 16:00 Uhr

zuschauerredaktion@tele5.de

Tel.: 089/649568-268

[Facebook](#)



Als in Deutschland noch Ordnung war



Die Vorfälle am Kölner Hauptbahnhof, in Hamburg und vielen anderen Städten waren nur der zwangsläufige Abschluss von 2015, des Jahres der „Flüchtlinge“. Spätestens damit ist jetzt das völlige Versagen des Staates angesichts der von Kanzlerin Merkel nach Deutschland eingeladenen Asylantenschwemme vor den Augen der Weltöffentlichkeit deutlich geworden. Die Ämter und Institutionen haben weder den Willen noch die Fähigkeit, der eskalierenden Lage Herr zu werden: Der Staat gibt sein Gewaltmonopol (immerhin sein Daseinszweck!) aus freien Stücken auf – solange es nicht gerade darum geht, „Hasskommentare“ im Internet zu verfolgen.

Da bedeutet es noch keine Nostalgie, wenn sich mit Professor Karl Albrecht Schachtschneider ein altgedienter Jurist an deutsche Rechtsstaatlichkeit erinnert, wie sie einmal war und wieder werden sollte. Vielmehr geht es darum, den Bürger davor zu bewahren, sich mit der neuen Lage der permanenten Gefährdung durch fremde Invasoren, die laut Merkel „nun mal da“ sind, abzufinden. Zu diesem Zweck muss er permanent daran erinnert werden, dass hier alles auch einmal anders lief, also die jetzige Misere keineswegs „alternativlos“ ist.

In jüngerer Zeit hat Schachtschneider, der ansonsten vor allem mit Verfassungsklagen gegen die skandalöse Europapolitik der Regierung und durch seine Unterstützung des [patriotischen Protests gegen den Bevölkerungsaustausch](#) hervorgetreten ist, zwei in diesem Sinne sehr hilfreiche Bücher veröffentlicht. Die neue Auflage von [„Grenzen der Religionsfreiheit am Beispiel des Islam“](#) ist eine Fundgrube für den eher theoretisch interessierten Leser: Eng am Grundgesetz und der gütigen Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts entlang weist Schachtschneider nach, weswegen der Islam zwingend NICHT zu oder nach Deutschland gehört, die Scharia in unserem Land keine Daseinsberechtigung hat und den „Sitten und Gebräuchen“ unausgelasteter junger Männer, die sich am Kölner Hauptbahnhof ausgetobt haben, keineswegs nachgegeben werden darf – denn es geht nicht nur um den inneren Frieden, sondern um den Bestand unserer Heimat als Staat.

Wer es lebhafter mag, ist mit dem gerade erst erschienenen [„Erinnerung ans Recht“](#) bestens beraten. Hier geht es weniger um klare, juristische Beweisführungen: Schachtschneiders Ziel ist stattdessen, jeden Leser darüber aufzuklären, was eigentlich alles an Grund- und Schutzrechten noch besteht und in seinem Sinne wirken könnte. Da findet sich eine ganze Menge – die aber in Zeiten von „Wir schaffen das!“ geflissentlich beschwiegen werden. Wer mit der Situation unserer Tage nicht zufrieden ist, sollte jederzeit Bescheid wissen, worauf er sich berufen kann. Mit den Worten des Autors: „Zum Widerstand

gegen den Verfall des Rechts gehört der Widerspruch!“

Bestellinformationen:

» Karl Albrecht Schachtschneider: Erinnerung ans Recht. Essays zur Politik unserer Tage, Rottenburg 2016. 319 Seiten, 22,95 Euro – [hier bestellen!](#)

» Derselbe: Grenzen der Religionsfreiheit am Beispiel des Islam, 2., überarb. Aufl., Berlin 2011. 140 Seiten, 18 Euro – [hier bestellen!](#)



Was in der Silvesternacht alles in Köln geschah



Am 10. Januar schickte

Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (*Foto oben links*) einen 44-seitigen Bericht plus umfangreiche Anlagen zu den Vorfällen in der Kölner Silvesternacht an die Landtagspräsidentin zur Vorlage an die Mitglieder des Innenausschusses. Darin ist auch eine Darstellung des Polizeipräsidium Köln enthalten, verfasst und unterschrieben am 8. Januar von dem zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Kölner Polizeipräsidenten Wolfgang Albers (*Foto oben rechts*). Wenige Stunden später schickte Jäger seinen 60-jährigen SPD-Parteikollegen in den „einstweiligen Ruhestand“. Aus den Unterlagen geht u.a. hervor, dass bis auf einen Türken und einen Albaner mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus alle festgenommenen Tatverdächtigen der Schandnacht Asylbewerber oder sich hier illegal Herumtreibende sind. Und alle kommen aus islamischen Ländern..

(Von Michael Stürzenberger)

Der Bericht des Innenministers beginnt spannend: Offensichtlich hat das Polizeipräsidium Köln am 8. Januar eine „lückenhafte“ Darstellung der Ereignisse in der Silvesternacht vorgelegt:

Das Polizeipräsidium (PP) Köln hat dem Ministerium für Inneres und Kommunales zu den Ereignissen am Silvesterabend am 08.01.2016 den beigefügten Bericht vorgelegt. Dieser Bericht war teilweise lückenhaft unter anderem in der Darstellung des konkreten Einsatzverlaufs und der getroffenen polizeilichen Maßnahmen. Daraufhin wurde dem PP Köln ein Fragenkatalog übermittelt. Auf der Basis der nun hinzugewonnenen Erkenntnisse stellen sich die Einsatz- und Ermittlungsmaßnahmen der Polizei Köln wie folgt dar:

Ereignisse am Silvesterabend

In der Nacht zum 01.01.2016 wurden auf dem Bahnhofsvorplatz sowie im Hauptbahnhof Köln eine Vielzahl von Sexual-, Raub-, und Diebstahlsdelikten begangen. Opfer waren nahezu ausschließlich Frauen. Sowohl Einsatzkräfte der Polizei Köln und der Bundespolizei als auch Zeugen berichteten von zeitweilig chaotischen Zuständen.

Auf dem Bahnhofsvorplatz sowie der angrenzenden Treppe zur Domplatte hatten sich zeitweise mehr als 1.000 Personen angesammelt. Dabei handelte es sich überwiegend um männliche Personen im Alter zwischen ca. 15 und 35 Jahren, die dem äußeren Eindruck nach aus dem nordafrikanischen/arabischen Raum stammten.

Ein Großteil dieser Personen war stark alkoholisiert. Die Personen wurden von den Einsatzkräften als völlig enthemmt und aggressiv beschrieben.

Sie zündeten massiv Feuerwerkskörper, wobei diese auch gezielt auf Personengruppen und auch Einsatzkräfte der Polizei gefeuert wurden.

Innerhalb dieser Menschenmenge bildeten sich Gruppen unterschiedlicher Größe, die unter anderem Frauen massiv sexuell bedrängten und sie teilweise bestahlen.

Einsatzverlauf aus Sicht des PP Köln:

Am 31.12.2015 gegen 21:00 Uhr wurde am Vorplatz des Hauptbahnhofes Köln und an den Treppen zum Kölner Dom eine Gruppe von 400 bis 500 Menschen festgestellt, bei denen es sich in der Mehrzahl um männliche Personen mit Migrationshintergrund handelte. Diese Personen, die von den eingesetzten Kräften und den Geschädigten als „nordafrikanisch/arabisch“ bezeichnet wurden, waren zum Teil stark alkoholisiert, enthemmt und brannten unkontrolliert Feuerwerkskörper in der Menge ab.

Um 21:30 Uhr wurde durch den Polizeiführer eine erste Einsatzbesprechung unter Beteiligung der Stadt Köln und der Bundespolizei durchgeführt, in der auf die Situation am Bahnhofsvorplatz hingewiesen wurde.

Um 22:00 Uhr wurde die zweite Einsatzbesprechung des Polizeiführers mit den eingetroffenen Führungskräften der unterstellten Bereitschaftspolizeikräfte durchgeführt.

Nach Einsatzkonzeption war zunächst je ein Zug (jeweils 38 Beamte) der Bereitschaftspolizei mit dem Auftrag Raumschutz für den Bereich Altstadt (einschließlich Rheinbrü-

Erst aufgrund der Nachfragen ergab sich dann wohl ein Gesamtüberblick, wie der nordafrikanisch-arabisch-moslemische Mob die Frauen am Kölner Hauptbahnhof sexuell drangsalierte und beraubte. Dies offenbart das versuchte Vertuschen durch den Polizeiapparat unter Albers. Die folgenden 13 Seiten enthüllen das ganze Ausmaß der perversen sexuellen Bedrängungen und der entfesselten kriminellen Energie. Zum Vergrößern und damit zur besseren Lesbarkeit einfach auf das Dokument klicken:

